

Die Schwachen zahlen

FDP sieht in der Windkraftnutzung eine „brutale Umverteilung“ und beklagt

Flörsbachtal (in). Vernichtende Kritik an der Windkraftnutzung, am Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und am willkürlichen Eindampfen von Naturschutzrichtlinien kennzeichneten gestern Vormittag eine Veranstaltung der Main-Kinzig FDP. Vertreter der diversen Bürgerinitiativen und des Dachverbands „Gegenwind Main-Kinzig/Naturpark Spessart“ trafen sich mit den Liberalen in der Waldschänke auf der Bayerischen Schanz – in dessen direkter Umgebung die elf Windkraftanlagen entstehen sollen, die von den Gemeinden Jossgrund und Flörsbachtal forciert und von der Naturenergie Main-Kinzig geplant werden. Der Gastredner René Rock, energiepolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, hat eine recht entschiedene Meinung zu dem Thema: Weder in Flörsbachtal, noch in Hessen noch deutschlandweit soll seiner Ansicht nach ein einziges weiteres Windrad gebaut werden.



Volles Haus in der Waldschänke auf der Bayerischen Schanz.

Rolf Zimmermann, Initiativesprecher, frischgebackenes FDP-Kreistagsmitglied und neuerdings auch Mitglied der Regionalversammlung, befasste sich mit den regionalen Bestrebungen, elf Windkraftanlagen zu bauen. Für ihn steht fest, dass Landrat Pipa und die Naturenergie GmbH „den Wald kaputt machen wollen“ und die Gemeinden Flörsbachtal und Jossgrund nur an finanzielle Vorteile denken.

Zimmermann: Fledermaus-Radius willkürlich verkleinert

Besonders beklagenswert findet er, dass die Schutzbedürftigkeit der Mopsfledermaus herabgestuft worden sei. Um den Bau von Windkraftanlagen trotz der nachweisbaren Vorkommen des kleinen Ultraschallmillenten weiter zu ermöglichen, habe die hessische Landesregierung Natur-

schutzrichtlinien entschärft, indem der Radius um eine Wochenstube von 5 auf 1 Kilometer reduziert worden sei. Nur durch diesen Kunstgriff seien weiter Vorrangflächen im Spessart möglich.

René Rock beklagte, dass in Deutschland ein Klima entstanden sei, die Energiewende auf Biegen und Brechen durchzusetzen. In Hessen setze die schwarz-grüne Regierung alles daran, zwei Prozent der Fläche für den Bau von Windkraftanlagen auszuweisen. Die FDP befürworte hingegen die bayerische Regelung, die die Abstände zu bebauten Gebieten auf das Zehnfache der Anlagenhöhe erweitert habe.

Denn somit komme in Bayern der Bau von Anlagen kaum noch in Betracht. Ein Lichtblick ist in den Augen Rocks, dass Rot-Grün in der Regionalversammlung, die über die Festlegung der Vorranggebiete entscheidet, keine Mehr-

heit mehr hat. Und: „Die FDP lehnt sämtliche Vorrangflächen in Hessen ab.“

Die Windkraftnutzung, die über das EEG bezuschusst wird, belastet – über die Stromkosten – besonders die Schwachen, beklagte der FDP-Mann und sprach von dem „brutalsten Umverteilungssystem, das es in Deutschland jemals gegeben hat“.

Selbst wenn das EEG heute gestoppt würde, würde es die Stromkunden noch 25 Jahre lang belasten. Profitieren würden von der Windkraftnutzung ohnehin nur diejenigen, die das Kapital haben.

Rock: Zwei Drittel der Anlagen erwirtschaften Verluste

Dazu käme, dass zwei Drittel der Anlagen Verluste erwirtschafteten. Für die Bürgerenergieparks bedeute das, dass sich höchstens

die Banken sicher ausziehen könnten.

Letztlich werde mit Anlagen lediglich Erholungsgebiete zerstört, ohne dass es genutzt. Der Bundesregie Rock vor, nur nach in Kategorien zu handeln und beiseite zu schieben.

Nicht nur im Spessart Windpark-Planungen hervorgerufen – das passiert in Deutschland und von der Politik nicht ignoriert werden.

Mario Klotzsche, der FDP-Landtagsfraktion harsche Vorwürfe gegenüber Battefeld, weil der beim hessischen Umweltaum für den Artenschutz wortlich sei, und anderer Referent auf Fachseminaren Honorar Windkraftern Tipps zur Umsetzung Pläne liefere – was in d

zahlen die Zeche

teilung“ und beklagt Rückschritte bei Naturschutzrichtlinien



Rolf Zimmermann (links) und René Rock.

FOTOS: WAGNER

die Banken sicher aus der Affäre ziehen könnten.

Letztlich werde mit Windkraftanlagen lediglich Erholungsraum zerstört, ohne dass es jemandem nutzt. Der Bundesregierung warf Rock vor, nur nach moralischen Kategorien zu handeln und Fakten beiseite zu schieben.

Nicht nur im Spessart würden Windpark-Planungen Widerstand hervorrufen – das passiere 1000-fach in Deutschland und könne von der Politik nicht mehr länger ignoriert werden.

Mario Klotzsche, Mitarbeiter der FDP-Landtagsfraktion, erhob harsche Vorwürfe gegen Klaus-Ulrich Bettefeld, weil der einerseits beim hessischen Umweltministerium für den Artenschutz verantwortlich sei, und andererseits als Referent auf Fachseminaren gegen Honorar Windkraft-Projektierern Tipps zur Umsetzung ihrer Pläne liefere – was in den Augen

der FDP ein Unding ist.

Kaiser: Windkraft ist nicht generell böse

Der kategorischen Ablehnung von Windkraftnutzung und EEG mochte sich Olivor Kaiser, der Geschäftsführer des Naturparks Spessart (auf bayerischer Seite) definitiv nicht anschließen. Er sprach sich zwar gegen Anlagen im Naturpark aus, dessen Guthaben eine intakte Landschaft sei, hielt seinem Vorredner René Rock allerdings entgegen, dass EEG und Windkraft nicht „generell böse“ seien. Er wandte sich gegen das Schwarz-Weiß-Denken der Politiker und forderte sie dazu auf, Lösungen zu suchen. Denn: „Der Klimawandel ist da und die Auswirkungen werden auch im Spessart Probleme bringen.“ Insgesamt sei es deshalb gut, dass Deutschland bei den Erneuerbaren Ener-

gien eine Vorreiterrolle einnehme. Der FDP warf Kaiser vor, sich lange Zeit für die Förderung der Atomkraft eingesetzt zu haben, für deren Rückbau noch Summen in ganz anderen Dimensionen zu zahlen seien.

Die Windkraftnutzung sei allerdings im Moment zumindest so lange zu überprüfen, bis die Frage der Speichermöglichkeiten geklärt sei. Diese und andere Fragen rechtzeitig zu berücksichtigen, hätten letztlich alle Politiker verpasst. Im Naturpark Spessart kann Kaiser sich keine Großwindanlagen vorstellen. Der Bau solcher Anlagen würde das Kapital einer intakten Natur verspielen, das jahrzehntelang durch Zurückhaltung angespart wurde. Dafür hätten die Gemeinden im Spessart schon immer Beschneidungen erfahren. Die Landschaft als Grundlage für den Tourismus dürfe jetzt nicht Hals über Kopf geopfert werden.